

CDU setzt auf bis zu 400 Neubürger

VIERTBUSCH Aumühles Fraktionen werden weiter über Gemeindeentwicklung debattieren

Von Stephanie Rutke

Aumühle. Ein brisantes Thema würt in der Gemeinde viele Fragen auf – kein Wunder, dass rund 200 Zuhörer zur Gemeindevertreterversammlung kamen. Am Ende wurden einige Fragen beantwortet. Das Thema Gemeindeentwicklung auf dem Viertbusch wurde aber zur Beratung in die Fraktionen zurückgegeben.

Falk-Friedrich von Hausen (CDU) präsentierte die Idee hinter dem Konzept Viertbusch. Ziel sei eine Entwicklung und Verjüngung der Gemeinde durch neues Bauland auf dem rund zehn Hektar großen Areal Viertbusch hinter der TuS-Anlage an der Sachsenwaldstraße. Siesei die letzte Fläche, die dafür infrage käme. „Es soll hier heute nur

entschieden werden, ob ein Antrag zur Machbarkeit bei der Landesplanung gestellt wird“, betonte er. Gemeinsam hätten 2019 Vertretern aller Fraktionen entschieden, dass die CDU dafür eine kostenfreie Planung organisiert.

Dies sei durch Kontakte zu Klaus Schlie (CDU), Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages und Vorsitzender des Aufsichtsrates der Lauenburgische Treuhand geschehen. Die LTG AG ist eine Gesellschaft, die seit 2005 als Bauträger, Bauherr und Projektentwickler agiert.

Die Fläche Viertbusch gehöre je zur Hälfte der Gemeinde Aumühle und der Familie von Bismarck, erläuterte Hausen. Hierfür habe die CDU mögliche Ideen entwickelt: Gemeindeförderung,

eine neue Kita, möglicherweise auch ein Grundstückstausch mit dem Sportverein. Er betonte, bisher seien keine Kosten entstanden und ein Verkauf des Baulandes könne das Projekt finanzieren.

Einwohnerzahl schrumpft und

Aumühle wird immer älter
Trotz der unterschiedlichen Meinungen zur Ortsentwicklung blieb es ruhig im Saal. Zehn Bürger meldeten sich mit Fragen zur geplanten Waldrodung zur Projektfinanzierung und zu den Eigentumsverhältnissen. Dazu kamen die Innenverdichtung in Aumühle und, wer die LTG AG mit der Planung beauftragt habe, sowie die Verlegung des Sportplatzes.

Die Notwendigkeit, neues Bauland zu erschließen, be-

gründete CDU-Fraktionschefin Andrea Nigbur mit der sinkenden Einwohnerzahl (gut 3000) und Überalterung im Ort. Laut CDU würden 300 bis 400 neue Bürger mehr Einnahmen bedeuten. Prompt konterte ein Zuhörer „und noch mehr Verkehr“.

Auch wenn die Aumühler Fraktionen 2019 im Bauausschuss gemeinsam entschieden haben, die Prüfanfrage bei der Landesplanung einzureichen, wurde am Donnerstag deutlich, wie verschieden die Positionen zum Thema sind: Die CDU setzt auf Entwicklung, Bündnis 90/Die Grünen wollen zunächst Planungssicherheit, um zu wissen, was möglich ist. „Wir plädieren dafür, die unterschiedlichen Meinungen zu diskutieren“, sagte Petra Michalski und be-

kräftigte: Die Grünen seien bestimmt keine Befürworter von Rodungen.

„Die UWG lehnt das Projekt ab, weil wir es für aussichtslos halten“, sagte Bernd Ulrich Leddin, langjähriger Vorsitzender des Finanzausschusses. Seine UWG ist die stärkste Fraktion der Gemeindevertretung. Er verwies auf die hohen Folgekosten bei angespannter Haushaltslage und erhielt dafür Zustimmung der Zuhörer. Die UWG setze auf Innenverdichtung, betonte er.

Karsten Bornholdt (CDU) warb um Vertrauen bei den Zuhörern. Er räumte ein, dass die Kommunikation für den „Viertbusch“ schlecht gelaufen sei. Mehrheitlich gab die Politik die Beratungen über Aumühles weitere Entwicklung an die Fraktionen zurück.